

## **Terms and Conditions**

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

### Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

### Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

noch gering an der Zahl, ihren Einfluß für die Schaffung einer Alters- und Invaliditätsversicherung geltend gemacht.

Die Sozialdemokratie, welche die Zugkraft dieses Programms wohl erkannt hat, hat nun, sehr gegen ihre innere Überzeugung, auch nach demselben gegriffen. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokraten im Deutschen Reichstage gegen die Invaliditätsversicherung gestimmt haben, und es ist dies auch ganz erklärlich: Die Sozialdemokratie findet ihre stärkste Wurzel in der Unzufriedenheit der aufgehetzten Arbeitermassen und sie würde gegen ihr Interesse handeln, wenn sie irgendwie beitragen wollte, daß dieser Unzufriedenheit durch praktische Sozialpolitik die Grundlage entzogen würde. Daher haben die Sozialdemokraten immer durch unmögliche Forderungen die tatsächliche Durchführung sozialpolitischer Gesetzgebung zu hintertreiben gesucht.

Die Regierung hat etwa seit dem Jahre 1902 die Frage der Sozialversicherung eingehend studiert und kurz vor dem Schlusse der Ära Koerber im Dezember 1904 eine Arbeit veröffentlicht, die als sogenanntes „Programm“ bekannt wurde. Es war dies eine paraphrasierte und mit Motivenbericht versehene Gesetzesvorlage, welche gewisse Reformen der Kranken- und Unfallversicherung und eine Invaliditätsversicherung der industriellen Arbeiterschaft vorschlug. Die landwirtschaftlichen Arbeiter und alle Selbständigen waren von der obligatorischen Versicherung ausgeschlossen. Dieses Programm wurde von den Christlichsozialen als ernsthafte Beratungsgrundlage zwar begrüßt, dem Inhalte nach aber als durchaus unzureichend abgelehnt.

Das  
„Koerbersche  
Programm“  
vom Jahre 1904.